

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 6. —

(No. 474.) Allerhöchste Cabinetsorder vom 7ten Mai 1818., daß die in den Festungen befindlichen Bau-Gefangenen mit doppeltfarbiger Kleidung versehen werden sollen.

Ich habe auf Ihren, in Gemeinschaft mit dem Justizminister von Kirchheim, erstatteten Bericht vom 12ten Januar d. J., die vorgeschlagene Maaßregel, daß sämtliche in den Festungen der Monarchie befindliche Baugesangene, um sie im Entweichungs-falle zu erkennen, mit doppeltfarbiger Kleidung versehen werden sollen, genehmigt: Nach Ihrem weitem Antrage überlasse Ich Ihnen, zu beiden Farben grau und gelb zu bestimmen.

Berlin, den 7ten Mai 1818.

Friedrich Wilhelm.

An
den Kriegsminister, Generallieutenant v. Boyen.

(No. 475.) Verordnung wegen Einführung des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts-Ordnung in den mit den Preussischen Staaten vereinigten, zwischen den ältern Provinzen belegenen Distrikten und Ortschaften, und wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in denselben. Vom 25sten Mai 1818.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen u. u.

Thun kund und fügen hierdurch Jedermann zu wissen:

In verschiedenen mit Unserm Staate neuvereinigten einzelnen Distrikten und Ortschaften, welche von größern Uns zugehörigen Landes-Theilen umschlossen sind (Enklaven), ist die Einführung Unserer Gesetze, obgleich die

Jahrgang 1818. Publi-

(Ausgegeben zu Berlin den 1ten Juni 1818.)

Publikations-Patente vom 9ten September 1814., 22sten April, 9ten und 15ten November 1816. auf selbige sich nicht beziehen, durch vorläufige Anordnungen bereits erfolgt; in andern sind die unter den vorigen Regierungen bestandenenen Gesetze bisher noch gültig geblieben.

Zur völligen Bestimmung der neuen Rechtsverhältnisse in den vorgedachten Bezirken und Ortschaften, verordnen Wir nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths Folgendes:

§. 1.

In denjenigen jener Distrikte und Ortschaften, welche im Jahre 1813. mit dem mit Unserm Staate wiedervereinigten Provinzen zwischen der Elbe und dem Rhein zugleich oder auch erst im Jahre 1814., in Besitz genommen und darauf in Gemäßheit der Wiener Kongressakte, mit Unserm Staate vereinigt worden sind, namentlich:

dem Fürstenthum Coblenz;

den Besitzungen der Fürsten von Salm-Salm, Salm-Kyrburg, und Salm-Horstmar, wie auch des Herzogs von Croÿ;

dem Preussischen Antheile der Besitzungen des Herzogs von Loöz-Corsswaren;

den Grafschaften Rittberg, Steinfurt, Hohen-Limburg und Dortmund, Necklinghausen, Barby und Gommern nebst Elbenau;

den mit dem aufgelöseten Königreich Westphalen vereinigt gewesenen Theilen des vormals sächsischen Antheils der Grafschaft Mansfeld;

der vormaligen Reichs-Baronie Schauen;

den Herrschaften Rheda und Gütersloh, Anholt, Werth und Gehmen; den Aemtern Broich und Syrum; Treßfurth und Dorla, sächsischen Antheils und so weiter,

hat es bei den Bestimmungen des Patents vom 9ten September 1814., mit Rücksicht auf welche Unsere Gesetze, nach Anleitung der Kabinettsorder vom 20sten November 1814. bereits seit dem 1sten Januar 1815. eingeführt sind, sein Bewenden.

Ein Gleiches findet in Absicht der Stadt Lippstadt, zufolge der Vereinbarung mit der Fürstlich-Lippe-Deimoldschen Regierung, Statt.

§. 2.

In denjenigen später, in Gemäßheit der Wiener Kongressakte, und besonderer Staats-Verträge mit den Königreichen der Niederlande und Hannover, mit dem Großherzoge zu Sachsen-Weimar und mit den Fürsten zu Schwarz-

Schwarzburg, zu Unserm Staat gekommenen Ländertheilen und Ortschaften, welche nachstehend benannt sind, nämlich:

den vormal's Hannöverschen Aemtern Reckenberg und Klöße, und den Dörfern Rüdigershagen und Gänseteich;

dem Amte Bodungen, den Gerichten Allersberg und Hainröden, und den Ortschaften Uitterode und Bruchstädt, welche aus Schwarzburg-Sondershausenscher Landeshoheit an Unserm Staat übergegangen sind; den vormal's zum Königreich Böhmen gehörigen, in den Preussischen Antheil der Oberlausitz eingeschlossenen Ortschaften Güntersdorf und Nieder-Serlachshausen, mit deren Zubehör;

dem vormal's Schwarzburg-Rudolstädtschen Dorfe Wohlframshausen;

den Aemtern Heringen und Kelbra;

dem vormal's Sachsen-Weimarschen Dorfe Kingleben, und den durch den Grenz-Vertrag vom 7ten Oktober 1816. auf dem rechten Rheinufer von dem Königreiche der Niederlande zu Unserm Staate gekommenen Ortschaften,

sollen das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichts-Ordnung nebst den nachher erfolgten abändernden, ergänzenden und erläuternden Bestimmungen vom 1sten Oktober dieses Jahres an, gesetzliche Kraft haben.

§. 3.

Es finden dabei die Bestimmungen der Patente wegen Einführung Unserer Gesetze in den mit Unserm Staate vereinigten vormal's sächsischen Provinzen vom 22sten April und 15ten November 1816. Anwendung, so weit sich selbige nicht auf den darin festgesetzten Termin der eintretenden Gesetzeskraft, so wie auf die eigenthümliche Verfassung der gedachten Provinzen, beziehen. In Absicht der Niederländischen Abtretungen dient das Patent vom 9ten September 1814. zur Richtschnur.

§. 4.

In sämmtlichen, §§. 1. und 2. genannten Distrikten und Ortschaften sollen die Vorschriften des Hypotheken-Patents von 22sten Mai 1815., in so fern es noch nicht geschehen ist, ebenfalls zur Ausführung gebracht werden. Die in den §§. 2. und 3. dieses Patents bestimmte Frist zur Nachweisung des Besitztittels, und zur Anmeldung der Real-Ansprüche, wird bis zum 1sten Mai 1819. und die im §. 7. nachgelassene Frist zur Provokation auf die Ausmittelung des Vorzugsrechts wird bis zum 1sten November 1819. hinausgesetzt.

Wir

Wir befehlen allen und jeden Unserer Unterthanen in den §§. 1. und 2. genannten Distrikten und Ortschaften, besonders den Gerichten und Beamten, sich nach dieser Verordnung genau zu achten.

Des zu Urkund haben Wir gegenwärtige Verordnung Höchstseigenhändig vollzogen und mit Unserm größern Königlichen Insignel bedrucken lassen.

Gegeben Potsdam, den 25sten Mai 1818.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Frieſe.
